

Inhalt der Sitzung vom 19.03.2007

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 12.02.2007 gefassten Beschlüsse

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 12.02.2007 mehrheitlich beschlossen hat, die Wohnhäuser im Heinrich-Heine-Weg Nr. 7 bis 11 nach Ablauf des Mietvertrags zu erwerben.

TOP Ö 2 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Jahr 2007

Bürgermeister Huckele führte aus, dass kurz vor Beginn der Sitzung zwei Fraktionen weiteren Beratungs- und Klärungsbedarf zum Haushalt anmeldeten.

In Folge verwies Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL) auf den Vorbericht zum Haushaltsplan und die positive Einschätzung der Verwaltung bei der Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen. Bei gleichzeitiger Betrachtung der abzuführenden hohen Gewerbesteuerumlage relativiere sich jedoch diese positive Einschätzung. Er kritisierte das Vorgehen bei der Aufstellung des Haushaltsplans, da den Gemeinderäten bei der ersten Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 04.12.2006 keine detaillierte Aufstellung über Einnahmen und Ausgaben bzw. von Projekten und Maßnahmen vorgelegen habe. Er kritisierte die Finanzierung des Kaufpreises der Wohnblocks im Heinrich-Heine-Weg, die seines Erachtens durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage erfolgt. Diskussionsbedarf sah er auch noch bei den eingestellten Ausgaben für die Erneuerung der Eehaltstraße und des Antoniuswegs. Außerdem stelle er sich die Frage, was passieren würde, wenn die veranschlagten Einnahmen von 4,5 Millionen aus der Wertabschöpfung im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ so nicht realisiert werden können. Die Einstellung von Verkaufserlösen in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2008 wertete er als Unsicherheit beim Ausgleich des Haushalts 2008. Vor diesem Hintergrund könne deshalb seine Fraktion dem Haushalt 2007 so nicht zustimmen.

Bürgermeister Huckele zeigte sich verwundert, dass diese Bedenken nicht bereits im Vorfeld und bei den Beratungen zum Haushalt vorgebracht wurden. Er betonte, dass der Erwerb der Häuser im Heinrich-Heine-Weg im Rahmen des Gesamtdeckungsprinzips finanziert werden soll und eine direkte Zuordnung von Finanzierungsmitteln haushaltsrechtlich nicht gemacht werden kann. Deshalb stehe er zu seiner Aussage bei der Beschlussfassung, dass der Erwerb der Wohnblocks finanziert sei. Die im Vorbericht zum Haushalt angegebene positive Einschätzung von einzelnen Einnahmeposten basiere auf Angaben im Haushaltserlass des statistischen Landesamtes.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) betonte, dass die CDU-Fraktion den Haushalt nicht ablehnen wolle, jedoch bei einigen Haushaltsansätzen noch Diskussionsbedarf hätte. Insbesondere dürfe ein eventueller Kauf des Anwesens „Adler“ nicht außer Acht bleiben. Letztendlich beantragte sie die Vertagung des Beschlusses über den Haushalt.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplans keine konkreten Kaufabsichten vorlagen und deshalb keine Mittel für den Erwerb eingestellt wurden. Über einen Beschluss zur Leistung von außerplanmäßigen Ausgaben bzw. die Erstellung eines Nachtragsplans könne dies jedoch jederzeit nachgeholt

werden. Generell erinnerte er daran, dass bei Ausgaben über 15.000,-- € (Bewirtschaftungsbefugnis) trotz veranschlagter Mittel vor Auszahlung ein Einzelbeschluss des Gemeinderats erforderlich ist. Dies bedeutet, dass eine Zustimmung zum Haushaltsplan nicht zwangsläufig zur Realisierung der Maßnahme führt.

Im Ratsgremium wurde dem teilweise widersprochen.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) dankte dem Rechnungsamtsleiter Kroihner und seinen Mitarbeitern für das umfangreiche Zahlenwerk. Die notwendige Reduzierung des Gewerbesteueransatzes sei, nach der Mitteilung des Bürgermeisters in der Januarsitzung, allgemein bekannt gewesen. Er bemängelte jedoch, dass die beschlossene Hebesatzsenkung bei der Gewerbesteuer nicht im Vorbericht erwähnt wurde und bezeichnete sie im Hinblick auf die schlechte Einnahmesituation als Fehler. Den in der Finanzplanung vorgesehenen Weiterverkauf der Häuser im Heinrich-Heine-Weg hielt er für bedenklich. Er signalisierte, dass seine Fraktion dem Haushalt in dieser Form nicht zustimmen könne.

Bürgermeister Huckele betonte, dass bei den Unwägbarkeiten, die bei den Gewerbesteuereinnahmen fast immer bestehen, einer Senkung des Hebesatzes grundsätzlich nie zugestimmt werden könne. Mit dem vor der Senkung gültigen Hebesatz von 360 v.H. lag Plankstadt unter den ersten drei Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis. Eine Reduzierung, die allen Gewerbesteuerzahlern zugute kommt, war nicht zuletzt wegen der größten Gewerbesteuerzahlerin geboten, da die Gemeinde des Hauptsitzes dieser Firma einen wesentlich geringeren Hebesatz (310 v.H.) bei der Gewerbesteuer hat.

Zum bemängelten Weiterverkauf der Wohnblocks im Heinrich-Heine-Weg betonte Bürgermeister Huckele, dass die Ausweisung in der Finanzplanung nicht automatisch eine Weiterveräußerung im Jahr 2008 bedeutet, sondern zu gegebener Zeit darüber entschieden wird.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hielt den Haushalt grundsätzlich für beschlussfähig. Im Übrigen stelle der Haushalt eine Planarchitektur dar, die zu jedem einzelnen Vorhaben ein separater Beschluss des Gemeinderats erfordere. Dadurch habe der Gemeinderat noch ausreichend Gelegenheit, von seinem Budgetrecht Gebrauch zu machen. Die Zeit, Ansätze zu hinterfragen und eigene Vorgaben zu machen, sei ausreichend gewesen. Deshalb hielt er eine Vertagung für nicht erforderlich.

Bürgermeister Huckele verwies auf den dringend gebotenen Beschluss der Haushaltssatzung, ohne den die Verwaltung nicht effektiv arbeiten könnte. Ungeachtet des Einnahmeansatzes „Wertabschöpfung“ könne der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt beschließen, sich Baugrundstücke zuteilen zu lassen. Eine Bevorratung hielt er jedoch für bedenklich. Hinsichtlich der Finanzplanung verdeutlichte Bürgermeister Huckele, dass versucht wurde, eine nachvollziehbare Finanzplanung aufzustellen, die allerdings kein Bestandteil des Beschlusses über die Haushaltssatzung darstellt.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) machte den Vorschlag, vor dem Beschluss eine Pause zur Beratung einzulegen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stellte nochmals den weitergehenden Antrag auf Vertagung des Beschlusses.

Die Abstimmung erbrachte folgendes Ergebnis:

10 Ja-Stimmen

GRin Schuster, GR Sessler, GR Wolf (CDU),
PL (5),
GR Werner Engelhardt, GRin Wacker (SPD)

7 Nein-Stimmen

GR Helmling, GR Schleich, (CDU),
GR Prof. Dr. Dr. Mende, GR Schneider, (SPD)
GLP (2)
Bürgermeister Huckele

2 Enthaltungen

GR Berger, GR Günter Kolb (CDU).

TOP Ö 3 Kinderbetreuung in der Gemeinde Plankstadt/Bestehende Angebote und Bedarfsplanung

Im Bereich der Kindertagesbetreuung haben sich auf Grund diverser rechtlicher Neuerungen in den Jahren 2005 und 2006 umfangreiche Änderungen ergeben. Die Neufassung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG) trat zum 18.02.2006 in Kraft. Auch hierin ist (wie bereits zuvor im alten Kindergartengesetz) die Pflicht der Gemeinden zur örtlichen Bedarfsplanung bestimmt.

Aufgrund der Bestimmungen galt es, die zurückliegend erstellte örtliche Bedarfsplanung unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen fortzuschreiben. Wesentlicher Bestandteil der Überplanung war dabei die sich im Laufe des vergangenen Jahres abzeichnende Möglichkeit der Einrichtung einer Krippengruppe im Katholischen Kindergarten St. Nikolaus. Mit dieser Maßnahme kann auch dem gewünschten Ausbau des Betreuungsangebots für die unter 3-Jährigen Rechnung getragen werden.

Die Verwaltung erstellte zunächst, in Kooperation mit der Kommunalentwicklung BW-LEG als kompetenter Fachstelle, eine vertiefte Situationsanalyse der örtlichen Bedarfs- und Angebotsstruktur. Als Kernaussage konnte hierbei festgestellt werden, dass den Bedarfszahlen folgend, der Umwandlung einer bisherigen Kindergartengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten in eine Krippengruppe zum Kindergartenjahr 2007/08 nichts entgegensteht. Als besonders erfreulich (und gleichzeitig als Bestätigung einer wirtschaftlichen Führung der Einrichtungen) war festzustellen, dass der Anteil der Elternbeiträge in der Gesamtbetrachtung aller örtlichen Kindergärten dem Ziel des Landesrichtwerts (ca. 20% Gesamtkostendeckung) entspricht, sich die Personalkosten mit 86,12% der Gesamtkosten im normalen Rahmen bewegen und die Träger mit ihren Personalschlüsseln relativ nahe beieinander liegen.

In einem Gespräch zwischen den beiden Ortsgeistlichen, den Kindergartenleiterinnen, Vertretern der Verrechnungsstellen, der Kommunalentwicklung LEG, der Gemeinde sowie weiteren beteiligten kirchlichen Stellen am 26.09.2006 wurde die örtliche Situation der Kindertagesbetreuung erörtert. Am 05.12.2006 fand eine weitere Unterredung zwischen Herrn Pfarrer Gaber, Frau Klein-Kneller (Kindergartenleitung St. Nikolaus), Frau Kolb (Kath. Kindergartenbeauftragte), Herrn Wenz (Kath. Verrechnungsstelle) und Vertretern der Verwaltung statt, in deren Rahmen die ausgearbeiteten Alternativmodelle diskutiert wurden. Dabei verständigte man sich auf die Einrichtung einer Krippengruppe für Kinder im Alter von 2-3 Jahren mit einer Betreuungszeit von 30 Wochenstunden (d.h. täglich von 7:30 – 13:30 Uhr bzw. optional nach Elternwunsch 7:45 – 13:45 Uhr). Die maximale Belegungszahl

einer solchen Gruppe ist mit 10 Kindern vorgegeben. Der Elternbeitrag sollte mit monatlich 150,-- Euro noch finanziell akzeptabel gestaltet werden (der kostendeckende Beitrag läge bei ca. 185,-- Euro) und eine Geschwisterkinderkomponente für gleichzeitig in der Krippengruppe betreute Kinder beinhalten (2. Kind hälftiger Beitrag; 3. Kind beitragsfrei).

Bürgermeister Huckele erläuterte die umfangreiche Vorlage und hob die Einrichtung der geplanten Krippengruppe für 10 Kinder im Alter zwischen 2 und 3 Jahren für 30 Wochenstunden im Katholischen Kindergarten St. Nikolaus hervor. Dies stelle, neben dem bereits in der Ev. Kindertagesstätte bestehenden Angebot, den weiteren Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren dar. Bürgermeister Huckele verwies darauf, dass durch die Erschließung der Neubaugebiete dem landesweiten Trend von sinkenden Kinderzahlen entgegengewirkt wird.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) fand es sehr loblich, dass Plankstadt der Planung der schwarz-roten Bundesregierung, die Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren auszubauen, bereits im nächsten Kindergartenjahr nachkommt und hoffe, dass das Angebot von den Eltern angenommen wird. Auf die Frage nach den finanziellen Auswirkungen, antwortete Hauptamtsleiter Knörzer, dass für die Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten von 65.000 Euro ausgegangen wird. Er unterstrich den aktuellen Vorschlag mit der Betreuung von Kindern im Alter zwischen 2 und 3 Jahren zu beginnen. Falls ein Bedarf für eine Betreuung von Kindern unter 2 Jahren auftreten sollte, kann u.a. auf die noch freien Plätze bei 4 Plankstadter Tagesmüttern verwiesen werden.

Gemeinderätin Schuster freute sich über die steigende Nachfrage an Plätzen bei der Betreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule. Sie regte trotz der äußerst dürftigen Umfragewerte an, eine Gruppe für die Hortbetreuung einzurichten. Dabei sei es für Familien wichtig, dass sie sich langfristig auf ein Angebot einstellen können. Dies bestätigen auch die Erfahrungen bei der Kernzeitbetreuung, die anfänglich von wenigen Kindern besucht wurde, inzwischen aber mit steigender Tendenz gut angenommen werde.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) hätte sich aufgrund der umfangreichen Vorlage eine Vorberatung im Ausschuss gewünscht. Seine Fraktion werde zustimmen und den weiteren Bedarf beobachten.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) freute sich, dass das Thema Betreuung, vorschulische Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich bundesweit Aufmerksamkeit erzeuge und angefangen werde, die Planungen auch umzusetzen. In Plankstadt werden ausreichend Kindergartenplätze angeboten, lediglich zum Ende eines Kindergartenjahres könnten sich rein rechnerisch gewisse Engpässe ergeben. Sie hob die vereinheitlichten Schließzeiten von 26 Tagen im Jahr positiv hervor und geht davon aus, dass sich durch das Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ ab dem Jahr 2009 ein Mehrbedarf an Kindergartenplätzen ergibt, der keine weitergehende Reduzierung der bestehenden Kapazitäten erforderlich macht. Zudem gebe es im Bedarfsfall die Möglichkeit, eine weitere Gruppe im Katholischen Kindergarten St. Nikolaus einzurichten.

Gemeinderätin Wacker freute sich, dass der Haushaltsantrag der SPD zur Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren mit der Ausweisung einer Krippengruppe so zügig umgesetzt wurde. Auch sie befürwortete die Einrichtung einer Hortgruppe.

Durch die Neuregelung beim Elterngeld, das ab 01.01.2007 für 14 Monate gewährt wird, so Gemeinderätin Wacker weiter, sei künftig ein erhöhter Bedarf für eine Kinderbetreuung ab dem 15. Lebensmonat zu erwarten. Nicht ganz zufriedenstellend fand sie die festgesetzten Zeiten bei der Krippenbetreuung, die weder auf eine Vollzeit- noch auf unterschiedliche Teilzeitmodelle abgestellt wurden. Positiv hervor hob sie die Ferienbetreuung für Kinder, die nicht an der Kernzeit teilnehmen, hervor. Außerdem plädierte sie, trotz der geringen Resonanz bei der Umfrage, für ein offensives Angebot einer Hortgruppe. Letztlich bat sie darum, mittelfristig eine Ausweitung der Betreuung für Kinder zwischen 14 Monaten und 2 Jahren vorzusehen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) kritisierte die mangelnde finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund. Im Gegensatz zu Deutschland habe man in Frankreich frühzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf favorisiert, Der Schritt in Richtung Krippenplätze werde von seiner Fraktion sehr begrüßt. Er kritisierte jedoch die Beschränkung des Angebots auf Kinder zwischen 2 und 3 Jahren und die geringe Anzahl von 10 Krippenplätzen pro Gruppe.

Hauptamtsleiter Knörzer erläuterte, dass die Anzahl der Krippenplätze in dieser Betreuungsform gesetzlich auf 10 begrenzt wurde. Bei einem weiteren Bedarf werde über dieses Thema nochmals zu beraten sein.

Gemeinderat Hohl schlug im Hinblick auf eine eventuelle Umstrukturierung in der Verwaltung die Schaffung der Stelle einer/s Kindergartenbeauftragten vor.

Auch ein Kinderbeauftragter, so Bürgermeister Huckele, hätte die Bedarfsplanung von Hauptamtsleiter Knörzer nicht besser machen können. Er sah deshalb keine Notwendigkeit, eine solche Stelle neu zu schaffen.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) erkundigte sich, wie reagiert werden könne, wenn alle Plätze belegt seien und weiterer Bedarf bestehen würde.

Die Entwicklung werde beobachtet, so Hauptamtsleiter Knörzer, und das Thema bei sich aufzeigendem Bedarf erneut diskutiert. Im Übrigen verwies er nochmals auf die aktuell freien Betreuungskapazitäten bei den Tagesmüttern.

Der Konzeption zur Kinderbetreuung (bestehende Angebote und Bedarfsplanung) wurde einstimmig zugestimmt.

TOP Ö 4 Bekanntgaben, Anfragen

1. Förderung von Studenten: Studiengebühren gegen Arbeit

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) sprach die Aktion zur Förderung von Studenten und Ersatz der Studiengebühren bei entsprechender Ableistung von Arbeitsstunden der Stadt Eppelheim an. Er erkundigte sich, ob ähnliches auch in Plankstadt geplant sei.

Bürgermeister Huckele wollte die Entwicklung und die Erfahrungen, die in Eppelheim mit dieser Aktion gemacht werden, abwarten.

2. Friedhof

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich, ob zur Unterstützung des Friedhofpersonals eine Stelle auf der Basis eines „1-Euro-Jobs“ geschaffen werden könnte.

Bürgermeister Huckele entgegnete, dass man in der Vergangenheit nicht immer gute Erfahrungen mit solchen Beschäftigungsverhältnissen gemacht habe. Aktuell werde durch den verstärkten Einsatz von Bauhofmitarbeitern den Problemen entgegengewirkt.

3. Kliba Jahresbericht

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) kritisierte, dass die ausstehende Behandlung des Energie-Jahresberichts der Kliba noch nicht vorgenommen wurde.

Bürgermeister Huckele wird entsprechendes veranlassen.

4. Arbeitskreis Gemeindeförderung/lokale Agenda

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich nach dem weiteren Vorgehen des Arbeitskreises Gemeindeförderung.

Bürgermeister Huckele berichtete, dass in der letzten Sitzung des Arbeitskreises vereinbart wurde, einen Moderator für das Projekt Gemeindeförderung einzuschalten. Gemeinderat Wolf bat darum, Herrn Walter Etzler, der in der lokalen Agenda mitarbeitet, mit einzubeziehen.

5. Fotovoltaikanlage – Einladung zur Einweihung

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) vermisste eine Einladung zur Einweihung der Foto-voltaikanlage auf den Wohnblocks Am Ungersgarten 96 – 102.

Bürgermeister Huckele informierte, dass die mit den Installationsarbeiten beauftragte Firma jeweils an die Fraktionssprecher des Gemeinderats Einladungen versendet hat.

6. Organisation der Verwaltung – Organisationsuntersuchung, -gutachten

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich über das weitere Vorgehen bei der beabsichtigten Organisationsuntersuchung der Verwaltung.

Bürgermeister Huckele informierte, dass die Beauftragung eines Organisationsgutachtens erst nach der Neubesetzung der Hauptamtsleiterstelle erfolgen soll.

7. Bericht Gemeindebücherei

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) bezog sich auf den Bericht der Gemeindebücherei, lobte die Mitarbeiter der Bücherei und dankte Frau Verclas für die Erstellung des umfassenden Berichts. Die Ausleihen seien steigend, die Bücherei werde gut angenommen.

Auch Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) lobte den Bericht und freute sich über die steigenden Ausleihen. Das zeige, dass die Bücherei sehr gut angenommen und frequentiert werde.

8. Straßenzustand im Brühler Weg

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) teilte mit, dass sich das Straßenpflaster im Brühler Weg zwischen Waldpfad und Wilhelmstraße, insbesondere im Bereich des rückwärtigen Parkplatzes der Postfiliale, in einem schlechten Zustand befindet.

Bauamtsleiter Boxheimer berichtete, dass dieses Problem bekannt sei und für Abhilfe gesorgt wird.

9. Fahrradweg entlang der K 4147 Richtung Wieblingen

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) berichtete, dass der Rhein-Neckar-Kreis plane, auf der K 4147 und der K 4146 den Fahrbahnbelag zu erneuern und erkundigte sich, ob die Gemeinde Plankstadt nicht darauf hinwirken könne, dass in diesem Zusammenhang auf der K 4147 parallel zur Straße ein Fahrradweg installiert werde.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass die Anlegung eines Radwegs entlang der Kreisstraße K 4147 und die Weiterführung auf Heidelberger Gemarkung mit der Stadt Heidelberg koordiniert werden müsste. Der Rhein-Neckar-Kreis müsse nicht nur der Installation eines Radweges zustimmen, sondern auch durchführen, außerdem

müsste auch die Stadt Heidelberg auf ihrer Gemarkung den Radweg weiterführen. Auch müsste die Frage des Grunderwerbs und die Finanzierung einer solchen Maßnahme geklärt werden.

Bauamtsleiter Boxheimer verwies auf den aktuellen Haushaltsentwurf der Stadt Heidelberg für das Jahr 2007, der in dem für die dringend notwendige Sanierung der K 9702 Mittel eingestellt sind.

Einigkeit herrschte im Ratsgremium darüber, mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Heidelberg Gespräche aufzunehmen.

10. Vertrag mit den Stadtwerken Schwetzingen

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) erkundigte sich nach dem Sachstand.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass der Rechnungsamtsleiter festgestellt hatte, dass für den Vertrag mit den Stadtwerken eine gutachterliche Stellungnahme erforderlich ist. Vor weiteren Verhandlungen mit den Stadtwerken Schwetzingen werde die Verwaltung das von der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) erstellte Gutachten zusammen mit dem Vertragsentwurf dem Ratsgremium vorgelegt.

11. Niederschriften von Sitzungen

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bedauerte, dass von der Sitzung des Arbeitskreises Gemeindeförderung, bei dem Herr Tewes von der IHK eingeladen war, kein Protokoll gefertigt wurde.

Ungeachtet dessen, so Bürgermeister Huckele, will die Verwaltung den Vorschlag von Herrn Tewes aufgreifen und eine Arbeitsgruppe unter Einschaltung eines Moderators bilden.

12. Behindertensportgruppe BSG Plankstadt

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) berichtete von einem Gespräch mit Vertretern der Behindertensportgruppe und regte an, in den Vereinsförderrichtlinien eine weitergehende Förderung aufzunehmen.

Bürgermeister Huckele erinnerte daran, dass bei der letztjährigen Diskussion von Seiten des Gemeinderats vor einer Entscheidung die Vorlage einer Vereinsbilanz gefordert wurde. Trotz Anforderung durch die Verwaltung habe der Vorstand diese Unterlagen nicht vorgelegt.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) regte an, die Richtlinien im Hinblick auf die Arbeit mit Behinderten zu ergänzen. Da die Integration von Behinderten immer wichtiger werde, sollte das Engagement der BSG – wie die Förderung der Jugend – gesondert gefördert werden.

Bürgermeister Huckele schlug vor, dieses Thema in einer Ausschusssitzung zu behandeln.

13. Plankstadter Wasserturm

Vor dem Hintergrund der Aktivitäten anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Eppelheimer Wasserturms stellte Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) einmal mehr die Frage nach einer Begehbarkeit des Plankstadter Wasserturms.

Bürgermeister Huckele schloss eine Begehung aus Sicherheitsgründen aus. Aktuell wurde festgestellt, dass die Eisenträger des Treppenaufgangs angerostet sind und einer umfangreichen Sanierung bedürfen. Weitere Erhaltungsmaßnahmen, wie der Ersatz der undichten Fenster auf der Spitze des Wasserturms stünden an.

14. Ehrung verdienter Sportler

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) bat darum, künftig den Termin der Ehrungsveranstaltung nicht in die Schulferien zu legen.

15. Rückstufung der Eisenbahnstraße

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) teilte mit, dass ihre Fraktion erneut das Regierungspräsidium angeschrieben und das Nachschieben von Gründen zur weiteren Verzögerung der Rückstufung der Eisenbahnstraße zur Ortsstraße kritisiert habe. Sie übergab eine Kopie des Schreibens an Bürgermeister Huckele und bat darum, dass die Verwaltung ihrerseits mit dem Regierungspräsidium Kontakt aufnehme.

Auch Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) unterstützte den Vorschlag der SPD-Fraktion und vermutete, dass ein Schreiben des Bürgermeisters beim Regierungspräsidium mehr Beachtung fände.

16. Wiederinbetriebnahme des Plankstadter Wasserwerks

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) erkundigte sich, ob abgesehen vom Vertrag mit den Stadtwerken in Sachen Eigenförderung weitere Schritte unternommen werden.

Bürgermeister Huckele erwiderte, dass dies zwangsläufig der Fall sein muss, da man derzeit mit den gesetzlich geforderten Beprobungen im Rückstand sei. Die Probeentnahmen erfordern eine Entscheidung darüber, ob die alten Pumpen wieder eingebaut und die erforderlichen Steigleitungen erneuert werden. Außerdem sei nach wie vor eine Entscheidung über eine mögliche Einspeisung des eigengeforderten Wassers mit den bekannten Härtegraden zu treffen.

17. Spielplatz Bahnstraße

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich bei Bauamtsleiter Boxheimer, ob die Flächenfrage des Spielplatzes an der Bahnstraße mit dem Rhein-Neckar-Kreis geregelt sei. BAL Boxheimer erklärte, dass nach der Mittelbereitstellung weitere Gespräche zu führen seien.

18. Absperrung von Parkplätzen „Im Blumen- und Im Rosenhof“

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) bemängelte den Baustellencharakter durch die Absperrung der Parkplätze „Im Blumenhof“ und „Im Rosenhof“. Bauamtsleiter Boxheimer bestätigte, dass sich diese Parkplätze im Eigentum der Fa. Bauland!Entwicklung befinden und eine andere Lösung gefunden werden müsse. Gemeinderat Wolf schlug vor, die Fa. Bauland!Entwicklung in der nächsten Ausschusssitzung für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten direkt auf diese Problematik anzusprechen.

19. Absperrung von Parkplätzen im Neubaugebiet „Gässeläcker“

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) betonte, dass die Absperrung einiger Parkplätze in den „Gässeläckern“ ebenfalls keinen guten Eindruck hinterlassen.

Bauamtsleiter Boxheimer verwies darauf, dass diese Absperrung von der Gemeinde vorgenommen wurde, um das Abstellen von Baufahrzeugen zu verhindern.

20. Kreisstraße K 4144 – Behinderung durch umgestürzten Baum

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) berichtete, dass auf der Kreisstraße K 4144 auf Höhe der Einfahrt Hüttenweg ein umgestürzter Baum liegt.

21. Artikel der Grünen Liste Plankstadt (GLP) am 07.03.2007 in der Schwetzingener Zeitung.

Bürgermeister Huckele informierte, dass er in Absprache mit den drei großen Fraktionen eine Presseerklärung zu dem Artikel der GLP „Können zwei GLP-Räte den Gemeinderat majorisieren?“ geben wird.